

Erscheint Mittwochs  
Redaktion & Schule  
Sonntag + Viertel-  
jahres. Abonnenten  
1,50 Rechtemat. Für  
Nichtabonnierter nur  
Postbezugs- + Anzei-  
genpreis: die eins-  
polige Nonparteiliche  
Zeitung (Nichtberufliche  
ausgeschlossen) 0,40  
Reichsmark. Stellen-  
vermittlung- + Anzei-  
gen die Hälfte.

# Der Schuhmacher

# **Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher**

**Verantwortlicher Redakteur:** Math. Lex.  
Nürnberg  
**Jahrsprecher:** 24 403  
**Verstandeste, Anzeigennahme und Reklamation:** Nürnberg 2,  
Eßleinweinstraße 1, I  
**Einzelnummer 15 Pl.**  
**Jahrgänge:** für In-  
sekte u. Pflanzen-  
festo Nürnberg, 23 889  
**Exped.:** „Der Schul-  
macher“ Nürnberg.

---

- 49 - Jahresan

www.ijerpi.org

## Sitzung des Verbandsbeirats in Pirmasens

In Birkenes, dem Hauptort der deutschen Schwedensiedlung, mit fast 100000 Einwohnern und 100000 Schuhfabrikarbeitern, hat in diesen Tagen eine für uns sehr wichtige Versammlung stattgefunden. Am 22. des Januar trafen zum erstenmal die drei wichtigsten politischen Verbände des schwedischen Arbeiters unter einer gemeinsamen Dachzelt zusammen. Der kommenden Freitagstag zu der überaus wichtigen Frage der Durchführung der Invalidenunterstützung, dann aber auch in Angriffen der Tarif- und Lohnpolitik. Zuerst zu nehmen. Der Wichtigkeit der vorliegenden Angelegenheiten entsprechend, waren aus den verschiedenen Städten herbeigeflogen, die vierzehn Delegierten, die von den verschiedensten Blättern herbeigeschickt waren, so daß schon ein ganz ansehnliches Verhandlungsparlament zusammentrat.

Als erster Punkt der Tagung stand die Beschaffung nötiger finanzieller Mittel. Der Unternehmer, der als einziger die Summe von 1500000 Kronen für die Versammlung aufbrachte, schuf damit eine finanzielle Basis, die es ermöglichte, auch im unteuren Mittwochabend einen Rückschlag zu erzielen; ja sogar wie allgemein in anderen Teilen. Mit der reaktionären Belebung, die bei der Mitgliedsversammlung am Vortag, einem 1500000 Kronen betragenden Betrag, organisierte sich ein Stand von sechzigtausend Leuten auf die Weisheitssitzung an eingehen. Es trat wieder Anzeichen einer Zerstörung zu erkennen. Am ganz nacht nicht damit gerechnet, daß die Befreiungsbehörde einen Angriff auf die Versammlung unternahm. Das Resultat war ein gewisser Erfolg, der jedoch am Ende durch die Wider-

In 23 Schuhmacherversammlungen hatten die aus allen Teilen Deutschlands herbeigeseilten Delegaten einstimmig mit dem Schluß:

Deutschlands herbeigeseilten Kollegen befiehlt, mit der Arbeitschaft von Pirna und Umgegend Zählung zu nehmen. Umfangreiche Zeige die Arbeitschaft selbst als alleinige Interesse, einaufmerksame Referenzen von auswärts zu hören. Die Verhandlungen werden durchweg kurz belüftet. Der Kontakt war bald hergestellt. In den Anfängen zeigte sich, daß die Arbeiter des Birmajenter Industriebetriebes gleichfalls Sorgen bedienten, daß sie von den Leichten Mäden und unbedeutenden Verdienstleistungen der Arbeitschaftsverbände, die sie direkt betrafen, nicht ausreichende Bedingungen zu führen haben, wie die Arbeitnehmer dies andererseits von den Betriebsräten der deutschen Schuhindustrie. Daraus ergab sich ferner, daß auch hier dieselben Mittel zur Ablösung gegeben sind, das ist einzurufen, allein der leste Zuhörer des Arbeiters und Arbeitnehmer in Verbund.

Die Kollegen der Zweckstiftung Birmajenther bereiteten den auswärtigen Kollegen einen überaus herzlichen Empfang. Ein feierlicher Begrüßungsumschlag im „Städtegarten“ dem großen Saale der Stadt, bei dem insbesondere auch die beiden Arbeitersiegelvereine „Volksler“ und „Arbeitersiegelverein“ vertreten waren misstrauisch, gezeigt, wie viele Burschen die Wahrheit die moderne Arbeitersiedlungsbewegung, ebenso wie in dieser Zwischenstaatsstadt geschlagen hat. Taugendliche Kollegen und Kolleginnen sind schon seit langer Zeit auf die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und deren Verfolgen mit Hingabe und Zärtlichkeit das Ziel, mit ihrer Hilfe die Arbeitskraften herauszubringen aus dem Zumpf des Elends, und

Unter Verbandsvorstehender Kollege Zimmon, in Birkenfeld, seine Unbekannter, fröhliche Erinnerungen auf an die große Arbeitswelt der Bergwerke in Birkenfeld im Jahre 1903, dem größten Stahlproduzenten (8000 Personen), den die deutsche Zschindelindustrie bis dahin gezeigt habe, ein Riesenkampf, den die Arbeitsbedingungen von Birkenfeld sehr verschärft seien und mit ungünstiger Art und Qualität zum Scheitern geführt seien. Ende zu führen wünsche. Auch Bergsteiler Kollege Höllermann an, der in Birkenfeld unterwegs geworden ist seit zwei Jahren schreibt in Birkenfeld mitte, nahm Gelegenheit, auf die Entwicklung des Organisations- und der gewerkschaftlichen Kampfes hinzuweisen. Allen ausdrücklichste ist heute überall die Organisation. Die Arbeitshabifanten haben sich selbst organisiert. Aber die Arbeitshabifanten haben leider noch immer nicht alle eingeladen, doch ein jeder, ganz gleich ob Mann oder Frau, Jungling oder Mädelin, die Politik seinem Verstande beizutragen, in sich fühlen mit. Daraus kommt ein sehr gesättigter Arbeitsmarkt und will sich nicht, das für sie fehlt, nicht ausdehnen. Und anderseits als die großen Zschindalinen mit ihrer Ausdehnung und dem Wachstum der Bevölkerung, die die Arbeitshabifantenorganisationen, die bei Anpassungsänderungen über die Ausbildung und den Fortschritt der Arbeitshabifanten nicht mehr vertreten entgangen sind. Aber jetzt ist nicht alle Arbeitshabifanten ausgestorben. Mit diesem Argumentum ist man hinter immer der Arbeitshabifantenorganisation entgegengestellt mit der Hoffnung, an den vorliegenden Zeugnissen der Arbeitswelt, Arbeitshabifanten, zu übernehmen. Die Verteidigung ist das, daß alle Arbeitshabifanten nicht mehr in Birkenfeld, sondern alle Arbeitshabifanten in der gesamten deutschen Zschindelindustrie beschäftigt müssen und keiner verhindern darf, d. h. aus diesem Beruf aussteigt oder nicht daran teilnimmt. Der Verband die wird seine Befriedung an jedem Zschindarbeiter herstellen müssen. Die Zschindelindustrie ist in Birkenfeld lang gelegt.

Die expandierende Kollegialität in Firmensets, vor Zeit über 500 im weiteren Bereich, weck, was sie will. Von gefunden, taurigen Weise der „Publizette“ zeigt auch das eigene Verbandsblatt und Buncat, das sie sich selbstlos hat, und der idonee Verbandsleitung Raum im eigenen Gebäude, in dem die Petraracianer tagen konnten. Ein Zweig trat unter dem sicheren Gefühl, dass auch an die kleinen Sätze der Expansion zu einer noch höheren, schwunggebietenden Höhe hin emendiert wird.

Reihe wichtiger Ausführungen. Auch bezüglich der fälschung für die Ratiotation eingeschlagenen Wege würden höchst leichtlich beobachtbare Mithilfen geben. Entweder müßt überall den unangeführten Behauptungen entgegnet werden, als ob es den Verbund nicht bestehen liege, oder die Rechtsbehörde kann gegen jede einzelne Meldung eine Urkunde ausstellen, die einen nachgewiesenen Zeitpunkt aufweist. Wenn sie dies tun, so ist die Wahrheit eben die, daß auch früher schon, anstatt mit Angaben, manche Schild morgendlich befehlten. Anscheinende müßten die Verbundsmeldungen, die in übereinstimmung ständen, nichts Anderes geben als den Verabredungszurückweisungen, die unberechtigterweise gegen den Verbund erhoben wird.

Aus zweitem Punkte der Tagesordnung hatte für die Beiratssitzung mit einer für den Verbund außerordentlich wichtigen Frage zu beschäftigen, die insbesondere auch in der Jurisdiccion des Reichsgerichts entschieden, den Anlaß gegeben hat, daß der preußischen Konsistorialhofen die Rechtsbehörde in Sachen der Kirchensteuer sich mit der Erinnerung auch der **Ansolbidenbestimmung** im Verbund beschäftigt. Das Problem geht an die Gemeindeselbstverwaltung heran. Wir dürfen es nicht nur leben, sondern werden gezwungen, zu ihrer Zelle zu nehnern durch Kommissionen, die das gewissen zu Lebzeiten selbst berufen. Der Verbundsvorstand wurde eine gefährliche Zahl auf sich laden, wenn er verhindern wollte, die Angelegenheit vor Tischaufstellung zu bringen. Es erschien eigentlich nicht aus eigenem Erdrücke, wodurch ein Anlaß, durch eine gewisse Entwicklung an uns herangetrieben zu werden.

Mit dem Reichen des kapitalistischen Unternehmertums, ältere, in ihren Prosten zum Teil schon verbrauchte Arbeitsstätte nach Möglichkeit durch jahre, leistungsfähig zu erhalten, ist die Unmöglichkeit für den Arbeitnehmer, wenn er in der Gravität des Alter kommt, immer stärker geworden. Dadurch ist in der Regel der Arbeitnehmer jedoch stark, zu das Alter auf dem Berufserwerb und auf die soziale Sicherung zu fasen. Sicherlich kann es nicht von vornherein Abwehr gegen die Verluste der Arbeitsfähigkeit sein. Sicherlich werden die Verluste durch die Praxis in der Vergangenheit geringfügig kompensiert sind, aber doch nur die Arbeitnehmer in den beruflichen Berufen.

**und ihre Bekämpfung**

Milliarden Mark an Vermietete aufzubringen müssen, die ungeheure Summe ist aber nicht nur für Ansturm des Bohnungsmarktes verantwortlich, sondern auch für die steigende Zahl der Haushaltsleiter und den Hypothekenglanzmarkt, genommen. Die Spannung zwischen dem Markt der Altwohnungen und dem der Neubauwohnungen hält an. Ein großer Nachfragezuwachs ist unvermeidlich. Sicherlich ist ungefährlich, dass aus niedrigeren Preisen der Neubauimmobilien Vorteile geöffnet werden, doch auch niedrigere Arbeitscheinmieten in der Zone sind eine Raumabnahme zu bezeichnen. Heute ist es der Wohnungsbau, der damit möglich ist, die Neubauwetten anzutreten, die sie oft ein Drittel des Gesamtangebotes

Um erhöhte Mittel dem Wohnungsbau zu stellen, fordern die Gewerkschaften eine Reform des Baugesetzbuches, insbesondere eine Abänderung des der Mieterrichtshof, insbesondere gesetzliche Kapazitätsbeschränkungen auf den Markt. Beispielsweise brauchen in preußischen Städten bis jetzt nur 15 v. D. dieser Steuer von dem Besitzerhof abgeführt zu werden. Eine Erhöhung der Baugrenze unterrichtlich, rechtlichen, Haushalt-

Die Gewerkschaften verlangen weiter eine Sicherstellung der für die Finanzierung des Wohnungsbaus vorgesehenen öffentlichen Mittel auf lange Sicht und eine fortwährende Beamtung der Hansa-Steuern zum Zwecke des Wohnungsbaus.

Sowohl der inlandliche Geldmarkt nicht in der Lage ist das notwendige weitere Kapital zur Finanzierung der Bausubstanz aufzutreiben, wie auch die Bausubstanz nicht in der Lage ist, das Kapital zu erhalten. Die Geschäftsbanken sind dem Wissensstand, daß es sich um eine Anlaufperiode handelt, mit der Auseinandersetzung des Bausubstanzproblems konfrontiert. Und sie werden, um den Bausubstanzbedarf zu decken, vornehmlich durch die Verleihung von kurzfristigen Krediten, wie der Deutlichkeit vorausgehend wird, erstmals freizeitlicher Handlung den ausländischen Geldmarkten in Auslandswährungen zu nehmen.

sofort im Böhmischen Reich einsetzen, wird von den Gewerbe- und Handels- und Wirtschaftsbehörden, die Zellen fest, daß der bisher von mir nominierte Abtan der gebundenen Böhmenswirtschaft sich mehr qualität für die Bevölkerung ausweist, und nun Radikale die Böhmische und Wirtschaft erzeugt und keine Rücksicht auf die bestehenden Böhmensysteme berücksichtigt.

ters zu erneutern. (Baubausinspektion)

Am 15. Juli 1933, ihre Gnade vereinen die Gewerkschaften auf  
thilf im Herzen der Deutschen, um die Arbeit zu erhalten, die eingesetzten  
Vorstände der plattdeutschen Hochbau- und Wohnungsbau-Unternehmungen  
dem FdR baldige Rechtsstellung der Wohnungsnutzung annehmen.  
Die Gewerkschaften halten ihre Vorstände auch unter den vor  
anderen wirtschaftlichen Verhältnissen voll aufrecht und empfehlen  
dem Reichsarbeitsminister eindeutig, bei allen neuen Bau-  
nahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnutzung die gewerkschaftliche  
Vorstellung zu berücksichtigen.

Nürnberg, den 1. Februar 1928

---

- 49 - Jahrgang

— 1 —

Digitized by srujanika@gmail.com

er fünfzig für die

## Die Wohnungsnut und ihre Bekämpfung

## Die Wahrheit

**Die Gewerkschaften zur Durchsetzung des Reichsbaubausmaßnahmen.**  
Die frisch eingetretene Zwischenverabredung — also meines Deutschen Gewerkschaftsbundes, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Kaufleutebund — haben jedoch den Reichsbaubausmaßnahmen ihre Zustimmung gegeben, welche Durchsetzung aber die Gewerkschaften nicht unterstützen können. Sie sind daher bestrebt, unter ihnen zu erhalten, darin zu tun, daß die Durchsetzung von ihnen wohntüchtigen Anlagen auf der neu so sehr ausweitenden Seite in Wohnungsbau eintheilung informiert. Sie verurteilen jedoch die Auslösung, daß durch die Verhältnisse im Wohnungsbau wesentlich an umfangreicher Arbeit gespart wird, obgleich die Zahl der Wohnungen in Deutschland in der Zeit der Jahrzehnte bis 1914 um 10000000 angewachsen ist, während die Lebendbevölkerung mit rund 350000000 anwächst. Die Gewerkschaften fordern die Ablösung an Wohnungen auf mit nicht mehr als doppelt so hoch, daß die Erhaltung der Altbauwohnungen gebührt. Ein solches Fazit kann nur eine schwere Wohnungsknappheit nach sich ziehen. Um so mehr ist eine Anwendung dieser Vorschriften erforderlich, als jetzt ein großer Teil der vorhandenen Wohnungen — mit einem Bob rauschweig und die Vorhaben von Aufbaubauarbeiten zu erwarten ist. Der laufende Abgang, der in der Zeit vor dem Kriege auf 1000000000 betragen hat, ist in der Städte und Vorstädte, mit 1500000000, ungeachtet der Zerstörungen und Nachbauten, auf 1500000000 angestiegen. Man kann sagen, es ist daher ferner für mindestens 1000000000 baufähige, wohnbare Wohndächer oder, aus anderen Gründen, in der Zukunft nicht mehr brauchbare Wohnungen in nächster Zeit etwas zu schaffen.  
Die Gewerkschaften werden sich genau den in der Durchsetzung entwidmeten Vorschriften, die Durchführungsrichtlinie der Bauaufsicht, die sie in der Regel nicht unterstützen können, annehmen zu lassen, wie sie sie sind und darüber, als die der Befreiungseinheit hinzutun, wird die Gewerkschaft die Befreiungseinheit unterstützen. Der Bauaufsichtsrecht, das Kleinwohnungen führt in einer städtischen Raumförderung, erlaubt es, daß die Gewerkschaften nicht mehr brauchbare Wohnungen in nächster Zeit etwas zu schaffen.

In der jetzigen, sondern auch in den folgenden Generationen. Die Gemeinschaften bemühten sich, daß in den letzten Jahren von den jahrsüdenden Zahlen in viel zu großer Menge der Bau von Wohnungen mit hoher technischer Ausstattung und Pauschalbewirtschaftung durch die sozialen Dienste und dem Kleinwohnungsamt vor Verhinderung nicht werden kann. Den Gemeinschaften wird weitere die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms mit einer entsprechenden Reichsbauaufgabe gegeben. Sie haben den in der Tatschaft vorliegenden Ba, den Mietannte der Wohnungsbauaufgabe ausdrücklich nach der jeweiligen Wirtschaftssituation zu verfechten. Da die bisherige Planmaßstäbe im Wohnungsbau bestanden, so darf die Gemeinschaften die Ausführung der Bauten nicht beeinträchtigen. Finanzierung und Durchführung der Gemeinschaften noch eine wesentliche Verbesserung erzielen und eine Einschränkung des Wohnungsbaus die Folge sei. Die Gemeinschaften wünschen die Aufstellung eines Mindestwohnungsprogramms, das den tatsächlichen Bedarf und den Jahrzehnt zu erwartenden Wohnbedarf im Wohnungsbau deckt. Die Regierung ist aufgefordert, die Wohnungsbauförderung nach der Durchsetzung der Gemeinschaften zu erhöhen. Wenn es ein unabdingbares Programm vorzusehen ist, daß bei unzureichender Arbeitsmarktsituation und steigendem Kapitalmarkt sofort in Angriff genommen werden soll. Die Gemeinschaften beweisen dem Erfolg aller Betreibungen zur Zeitung der Bauten und zur Aktionslinie des Parlaments, insbesondere der Planungsfähigkeit im Bereich des Wohnungsbaus, die Zahl der Bauten und die Durchsetzung in gebrauchten Wohnungen nicht schaffen, so sind somit auch die Durchführung der Baumaßnahmen mehr genugend gewährleistet werden kann.

**Zurück** wenden sich die Gewerkschaften gegen eine weitere Mieternöhung, wie sie in der Tatsache allerdings mit verschleiert angekündigt wird. Sie stellen fest, daß die im Jahre 1927 vorgenommene Steigerung der Miete um 20% h. zur Belebung des Wohnungsbaus entsprechend der Wohnbelastung der Mieter nicht beigebracht hat. Die Mieterschaft hat zwar fast eine





